

Arme Menschen brauchen eine Chance auf dem Wohnungsmarkt

Berlin, 11.11.2022. „Wohnungsnot und hohe Wohnnebenkosten können zu tiefgreifenden gesellschaftlichen Problemen führen. Energiekrise und Inflation bringen Wohnungslose, Familien, Jugendliche aus Einrichtungen, Frauen in Frauenhäusern, Rentner:innen, Menschen mit Behinderungen oder Migrationshintergrund noch zusätzlich in existenziell bedrohliche Situationen, wenn sie keine bezahlbare Wohnung finden“, sagt Caritas-Präsidentin Eva Maria Welskop-Deffaa anlässlich des Welttages der Armen am Sonntag.

Am Welttag der Armen, am 13.11.2022, zum ö der Armutswochen, ruft der Deutsche Caritasverband (DCV) gemeinsam mit seinen Fachverbänden Sozialdienst katholischer Frauen (SkF Gesamtverein) und SKM Bundesverband auf, den Blick auf die Wohnsituation von Menschen in schwierigen Lebenslagen zu richten.

Damit besonders benachteiligte Menschen überhaupt noch eine Chance auf angespannten Wohnungsmärkten bekommen, müssen Politik, Kirche und Wohlfahrtsverbände und die Wohnungswirtschaft auf allen föderalen Ebenen gemeinsam Lösungen entwickeln und umsetzen. Denn die Bundesregierung hat sich das Ziel gesetzt, die Wohnungslosigkeit bis 2030 zu überwinden. Aber, wo neu gebaut oder saniert wird, entsteht zu wenig Wohnraum für Menschen mit geringem Einkommen. Hier müssen sich Kommune, Staat und Kirche selbst verpflichten, das zu ändern.

Effekt der Wohngeldreform darf nicht verpuffen

Verbesserungen, die durch die Wohngeldreform und die aufgelegten Entlastungspakete in Aussicht stehen, dürfen nicht einfach verpuffen. „Das Wohngeld ist eigentlich ein wichtiger Teil des dritten Entlastungspaketes. Wenn Berechtigte jetzt aber den Zuschuss nicht kennen und in den Behörden das Personal für die Bereitstellung fehlt, kann diese Reform keine schnelle Hilfe bringen“, kritisiert Welskop-Deffaa.

Frauen und Kinder vor Wohnungsverlust schützen

Caritas, SkF und SKM fordern insbesondere präventive Maßnahmen als bestes Mittel gegen Wohnungslosigkeit. „Der Verlust der Wohnung kann durch frühzeitige Beratung in den Fachstellen verhindert werden. Leider steigt die Zahl der von Wohnungslosigkeit betroffenen Frauen. Gerade sie und die Kinder leiden besonders, wenn sie die Wohnung verlieren. Deshalb brauchen wir in Deutschland dringend mehr Wohnungen und Wohnprojekte bei denen Betreuung und Hilfe parallel zum Einzug angeboten werden“, fordert Renate Jachmann-Willmer, Bundesvorstand SkFGesamtverein.

Kirchliche Flächen und Gebäude nutzen

Die Kirchen in Deutschland gehören zu den größten Immobilieneigentümern. Caritas, SKM und SkF fordern, dass die Kirchen in Deutschland ihre Immobilien mit Pfarrhäusern, Gemeindehäusern sowie Wohn- und Geschäftshäusern für die Entschärfung auf dem bundesweiten Wohnungsmarkt nutzen. SKM-Bundesvorsitzender Heinz-Georg Coenen fordert: „Die Kirche muss ihrem christlichen Auftrag im Dienste der Armen nachkommen: Es gilt einen angemessenen Anteil dieser Räume sozial benachteiligten Menschen sozialverträglich zur Verfügung zu stellen – denn Kirchengebäude sind kein Selbstzweck.“

Keine Wohnungen leer stehen lassen oder als Ferienwohnung nutzen

Neben der Förderung neuer Wohnformen ist außerdem ein verantwortungsvoller Umgang mit Wohnraum in Deutschland dringend erforderlich. Viele Wohnungen stehen ungenutzt leer oder werden als Ferien- oder Zweitwohnung genutzt, obwohl sie dringend gebraucht werden. Und es müssen wirksamere Maßnahmen gegen das Verschwinden von preisgünstigen und geförderten Wohnungen ergriffen werden. Hierzu gehören auch eine angemessene Quote

Gemeinsame Pressemitteilung von SkF, Caritas und SKM

von Sozialwohnungen mit langfristigen Bindungen bei Neubauten, die Verlängerung von bestehenden oder auslaufenden Bindungen und rechtsfeste Vorkaufsrechte der Kommunen.

Praxis-Projekte von DCV, SkF und SKM gegen Wohnungsnot

Durch mehr genossenschaftliche Bauweisen und Wohnformen kann eine neue Wohngemeinnützigkeit gestärkt werden. Und neben dem Erhalt und Neubau von Sozialwohnungen muss die energetische Sanierung auch für Wohnraum im niedrigen Preissegment realisiert werden. DCV, SkF und SKM stehen bereit, sich an den geplanten Strategien gegen Obdachlosigkeit zu beteiligen.

Hier geht es zu [Praxis-Projekten und politischen Lösungen gegen Wohnungsnot](#).